



Digitalisierung: Aktueller Stand Umsetzung Digitaler Binnenmarkt

Übersicht über die offenen Legislativvorhaben

Eine der zentralen politischen Prioritäten der Juncker-Kommission ist die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes. Dazu hatte die Europäische Kommission im Mai 2015 ihre entsprechende Strategie („DSM: Digital Single Market“) vorgelegt (COM(2015) 192 vom 06.05.2015).

Von den 30 Legislativvorhaben der DSM-Strategie sind aktuell Einigungen zu 23 Dossiers erreicht (siehe dazu die erste Abbildung). Entsprechend sind noch sieben Dossiers offen, zu denen die Europäische Kommission eine Einigung unter der aktuellen rumänischen Ratspräsidentschaft anstrebt (siehe die zweite Abbildung; dabei stellt das jeweils angestrebte Ziel einer Einigung unter der rumänischen Präsidentschaft „to be agreed“ das Ziel der Europäischen Kommission dar; Stand: 09.01.2019, Quelle: Europäische Kommission).

zentralen Bereiche des digitalen Binnenmarkts wie e-Commerce, Medien, Vertrauen/Sicherheit und Datenwirtschaft.

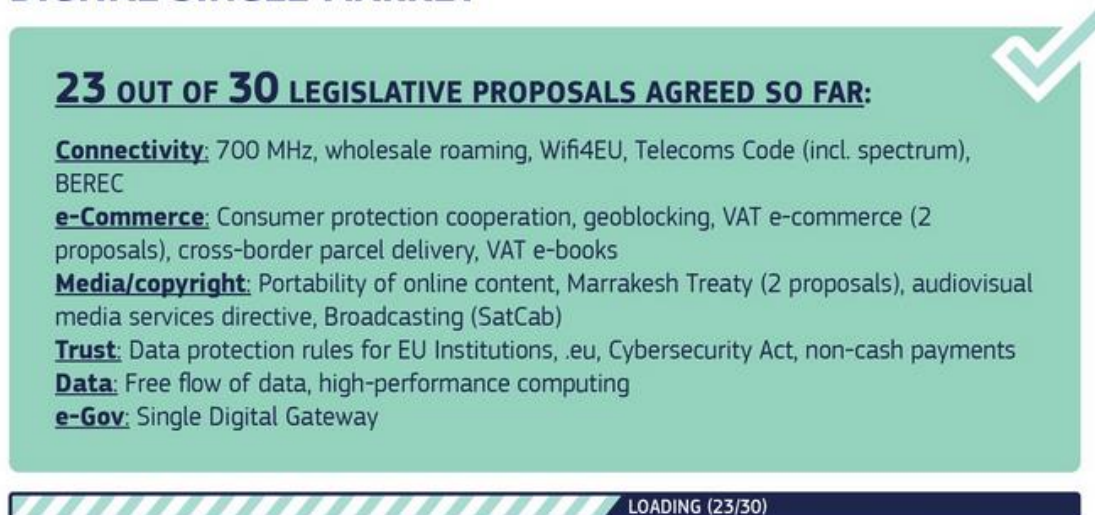
Im Bereich Datenwirtschaft laufen aktuell die Verhandlungen zur Richtlinie zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors („PSI: Public Sector Information“). Ausgangspunkt ist der Vorschlag der Europäischen Kommission vom 25.04.2018 (COM(2018) 234).

Bei dieser Richtlinie geht es um die Weiternutzung von Daten, die von öffentlichen Einrichtungen erhoben werden und die dabei als Ausgangsbasis für weitere digitale Angebote dienen können. Der Rat hatte diesbezüglich am 07.11.2018 seine Position festgelegt und entsprechend eine allgemeine Ausrichtung angenommen (siehe u.a. EU-Wochenbericht 40-2018 vom 26.11.2018).

Abbildung 1: Bislang erzielte Einigungen

ROADMAP FOR COMPLETING THE DIGITAL SINGLE MARKET

#DigitalSingleMarket



Abgeschlossen sind unter anderem Vorgaben im Bereich Roaming oder zur Förderung von öffentlichem Wifi („WiFi4EU“) sowie etwa im Bereich e-Commerce, Medien oder Cybersicherheit. Die noch offenen sieben Dossiers beziehen sich vergleichbar auf die

Im Europäischen Parlament hatte der federführende Industrieausschuss (ITRE) am 03.12.2018 seine Position festgelegt (siehe u.a. EU-Wochenbericht 42-2018 vom 10.12.2018). Ebenso wurde im Rahmen dieser Abstimmung das Mandat zur Aufnahme der

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert





Trilogverhandlungen erteilt. Dieses Mandat wurde am 12.12.2018 vom Plenum bestätigt, so dass bereits ebenfalls am 12.12.2018 der erste politische Trilog zu diesem Dossier stattfinden konnte. Der kommende zweite Trilog ist für den 22.01.2019 angesetzt, ggf. kann hier bereits eine Einigung erreicht werden.

Parlament hatte der federführende Binnenmarktausschuss (IMCO) in der Abstimmung am 06.12.2018 seine Position festgelegt. Zudem wurde ebenfalls das Trilogmandat erteilt, das wiederum am 12.12.2018 durch das Plenum bestätigt wurde.

Auch zu diesem Dossier laufen seit dem 12.12.2018 die informellen

Abbildung 2: Noch offene Dossiers

 Updated 09 January 2019		State-of-play Council	Jan-Jun 2019 RO Presidency 
<i>Making it easier to buy and sell online across borders, ensuring fairness and transparency</i>			
E-COMMERCE	Contract rules digital content*	General approach reached (MT Presidency)	To be agreed
	Contract rules - goods*	General approach reached (AT Presidency)	To be agreed
	Platform-to-business*	General approach reached (AT Presidency)	To be agreed
<i>Providing wider choice and access to content across borders, especially for education and research</i>			
MEDIA	Copyright*	Negotiating mandate reached** (BG Presidency)	To be agreed
<i>Strengthening trust and EU's capacity to respond to cyberattacks</i>			
TRUST	e-Privacy*		To be agreed
	European Cybersecurity Competence Network		Partial general approach to be reached***
<i>Ensuring the free flow of non-personal data and building first-class supercomputers</i>			
DATA	Public sector information*	Negotiating mandate reached** (AT Presidency)	To be agreed

Ein weiteres wichtiges Dossier mit grundlegender Bedeutung ist die Verordnung zur Regelung des Verhältnisses von Plattformen und deren gewerblichen Nutzern („P2B: Platform to Business Regulation“). Ausgangspunkt ist der Vorschlag der Europäischen Kommission vom 26.04.2018 (COM(2018) 238). Ziel der Verordnung ist vor allem die Erhöhung der Transparenz auf Seiten der Plattformen unter anderem hinsichtlich des Umgangs und des Rankings unterschiedlicher Angebote.

Dazu hatte der Rat am 29.11.2018 seine Position festgelegt und eine allgemeine Ausrichtung angenommen. Im Europäischen

Trilogverhandlungen. Die rumänische Ratspräsidentschaft hatte die Bedeutung dieser Verordnung bekräftigt und auch das Ziel, bis zum Ende der aktuellen europäischen Legislaturperiode einen Abschluss zu erzielen. Entsprechend müsste eine Trilogvereinbarung bis März abgeschlossen sein.